

Das Ende der Toleranz? Integrationskontroversen in den Niederlanden

Kaum ein anderes Land in Europa wurde für seine Integrationspolitik über viele Jahre derart bewundert wie die Niederlande. Auch und insbesondere aus Deutschland schauten viele Wissenschaftler und einige Politiker voller Anerkennung auf den westlichen Nachbarn, dessen politische Elite sachliche und pragmatische Maßnahmen ergriff und die Zuwanderer im Land somit in scheinbar vorbildlicher Weise förderte.¹ Das hohe Ansehen der Niederlande erstreckte sich dabei jedoch keineswegs nur auf die Politik des Landes, auch der gesellschaftliche Umgang mit dem Thema Integration erschien vielen Kommentatoren im Ausland als bemerkenswert. Nahezu allerorten gab und gibt es kritische Stimmen, die Integrationsergebnisse kontinuierlich skeptisch bewerten und massive, zum Teil grundsätzliche Bedenken gegen das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Prägungen äußern. Aus vielen demoskopischen Erhebungen geht hervor, dass ein großer Teil der Bürger in den europäischen Staaten dem Thema Integration im Allgemeinen und dem Leben in einer (wie auch immer definierten) multikulturellen Gesellschaft im Besonderen mit Unbehagen, Ängsten oder auch mit offenen Vorbehalten gegenüber steht. In den Niederlanden schien all dies anders zu sein.² Die traditionell als liberal und tolerant bewerteten Niederländer begrüßten die multikulturelle Gegenwart, die in den meisten Staaten Europas – trotz zum Teil nachhaltiger Dementis – schon seit langer Zeit unverrückbare Realität ist, nach allgemeiner Auffassung viel stärker als dies in vielen anderen Ländern der Fall war.

Das somit vorhandene Bild der politisch fortschrittlichen und gesellschaftlich offenen Niederlande, in denen Integration viel besser funktioniert

¹ Beelen schrieb noch im Jahr 2003: „Die Niederlande haben den Ruf, ein tolerantes und ausländerfreundliches Land zu sein, das sich in vorbildlicher Weise um seine allochthonen Mitbürger kümmert. Die niederländische Minoritätenpolitik hat in ganz Europa Vorbildcharakter.“ H. BEELEN, *Toleranz gegenüber Fremden. Eine Diskussion vor dem Hintergrund der niederländischen Migrationsgeschichte*, in: D. VOGEL (Hrsg.), *Einwanderungsland Niederlande. Politik und Kultur*, Frankfurt 2003, S. 60.

² Böcker und Thränhardt äußern in diesem Zusammenhang beispielsweise: „Jahrzehntelang sind die Niederlande in Deutschland als Musterbeispiel für Toleranz gegenüber Minderheiten betrachtet worden, ihr Multikulturalismus galt als ‚ideelles Exportprodukt‘.“ A. BÖCKER/D. THRÄNHARDT, *Erfolge und Misserfolge der Integration – Deutschland und die Niederlande im Vergleich*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 26 (2003), S. 3.

als anderswo, wurde von Politikern und Bürgern im Ausland aber auch durchaus in den Niederlanden selbst gepflegt. Sogar die wissenschaftliche Forschung, die ein solches Image eigentlich immer wieder kritisch prüfen sollte, akzeptierte zumeist die allgemeine Sichtweise und hinterfragte nur selten, ob die so oft vorgenommenen Zuschreibungen den tatsächlichen Gegebenheiten überhaupt (noch) entsprechen.³

Es war vor dem soeben beschriebenen Hintergrund für viele überraschend, dass ausgerechnet in den Niederlanden das Thema Integration in den letzten Jahren zum Gegenstand intensiver, kontroverser und zum Teil hitziger Diskussionen wurde. Im Verlauf dieser Diskussionen wurden Standpunkte erläutert und Aussagen getätigt, die mit dem Bild der integrationsfreundlichen Niederlande kaum zu vereinbaren waren, die vielmehr eine große Skepsis über die Ausrichtung und Inhalte der durchgeführten Politik, die bisher erzielten Integrationsergebnisse und das multikulturelle Zusammenleben offenbarten.⁴ Schnell stellte sich heraus, dass es sich hierbei nicht um versprengte Einzelmeinungen handelte, sondern dass gerade diese kritischen Töne Unterstützung bei großen Teilen der niederländischen Bevölkerung fanden. Eine ganze Reihe von Politikern, unter anderem der charismatische Populist Pim Fortuyn, griff das große öffentliche Interesse, das dem Thema Integration entgegen gebracht wurde, auf und äußerte sich kritisch. Im Ergebnis scheint derzeit nicht nur das positive Bild der niederländischen Integrationspolitik erschüttert, sondern es wird auch vermehrt angezweifelt, ob die Niederländer dem Thema Integration wirklich so tolerant und liberal gegenüberstanden bzw. -stehen wie lange Zeit vermutet.

Im Rahmen des folgenden Beitrags soll den skizzierten Entwicklungen nachgegangen werden. Der Schwerpunkt der Betrachtung liegt dabei nicht in der Analyse und Bewertung konkreter politischer Maßnahmen, sondern in

³ Das lange Zeit hohe Renommee der Niederlande in der wissenschaftlichen Forschung dokumentiert Engelen mit folgenden Worten: „During the 1990s, the Netherlands served as the model par excellence of a liberal, multicultural migration and incorporation regime in comparative migration literature.“ E. Engelen, *The economic incorporation of immigrants: the Netherlands*, in: J. BLASCHKE/B. VOLLMER (Hrsg.), *Employment strategies for immigrants in the European Union*, Berlin 2004, S. 486. Nach Koopmans wurden die Vorzüge der niederländischen Politik über Jahre von einheimischen Experten geschätzt und präsentiert: „In journals, edited volumes, and on international conferences, Dutch immigration scholars have over the years spread the gospel of the blessings of Dutch multiculturalism. Certainly there was room for improvement, but no one seemed to have much doubt that we were doing things much better than most of our neighbours, who had much to learn from the Dutch model (...)“ R. KOOPMANS, *Tradeoffs between equality and difference – the failure of Dutch multiculturalism in cross-national perspective. Paper for the conference „Immigrant political incorporation“, Radcliffe Institute for Advanced Study, Harvard University, April 22–23, 2005*, S. 11 f.

⁴ Als Beleg für die zunehmend kritischen Einschätzungen bezüglich der niederländischen Politik sei auf Tudyka verwiesen, der schreibt: „Die Niederlande sind ein Laboratorium für europäische Immigrations- und Integrationspolitik, wobei allerdings zu Beginn des 21. Jahrhunderts mehr aus dem Scheitern als aus Erfolgen gelernt werden kann.“ K.P. TUDYKA, *Niederlande*, in: W. GIELER/D. FRICKE (Hrsg.), *Handbuch europäischer Migrationspolitiken. Die EU-Länder und ihre Beitrittskandidaten*, Münster 2004, S. 36.

der Frage, inwiefern und warum sich der politische und gesellschaftliche Umgang mit dem Thema Integration in den Niederlanden verändert hat. Zur Beantwortung werden wichtige Protagonisten und Inhalte der Integrationskontroversen in den letzten Jahren besprochen. Auf diese Weise soll nicht nur ein Überblick über die aktuellen, auch im Ausland breit diskutierten Entwicklungen entstehen, sondern es sollen auch einige erklärende Faktoren, die den vermuteten Stimmungsumschwung in der niederländischen Politik und Gesellschaft erklären, herausgearbeitet werden.

Der Konsens der achtziger Jahre

„Die Niederlande sind voll“ – diese häufig und zumeist unreflektiert verwendete Auffassung fließt nicht erst in den letzten Jahren in die niederländischen Diskussionen über Immigration und Integration ein. Vielmehr wurde schon nach dem Zweiten Weltkrieg eine weitere Bevölkerungszunahme wegen der vergleichsweise hohen Bevölkerungsdichte des Landes zumeist als gesellschaftlich und wirtschaftlich unvorteilhaft bewertet. Die niederländische Regierung betrieb vor diesem Hintergrund in der Nachkriegszeit zunächst eine aktive Auswanderungspolitik. Trotz aller Bedenken erfuhren die Niederlande in den letzten Jahrzehnten quantitative bedeutsame Zuwanderungsbewegungen, vor allem aus den ehemaligen Kolonialgebieten (Indonesien, Surinam, Niederländische Antillen und Aruba), im Rahmen der Arbeitskräfteanwerbung und des Familienzuzugs (vor allem aus der Türkei und Marokko) und durch die Aufnahme von Asylsuchenden. Trotz der Tatsache, dass die Zuwanderer die niederländische Gesellschaft im zunehmenden Maße prägten, dauerte es eine gewisse Zeit, bis sich die Einsicht durchsetzte, dass die Anwesenheit einer großen Zahl von Allochthonen nicht nur von temporärer Natur war. Erst als in den siebziger Jahren viele der sogenannten Arbeitsmigranten ihren Lebensschwerpunkt erkennbar in die Niederlande verlagerten und sich zeitgleich die Zahl der Zuwanderer durch die politischen Entwicklungen in Surinam erhöhte, gelangte das Thema Integration verstärkt auf die politische Agenda und in das gesellschaftliche Bewusstsein.⁵ Zu dieser Zeit (1980) leb-

⁵ Vgl. A. BÖCKER/K. GROENENDIJK, *Einwanderungs- und Integrationsland Niederlande. Tolerant, liberal und offen?*, in: F. WIELENGA/I. TAUTE (Hrsg.), *Länderbericht Niederlande. Geschichte – Wirtschaft – Gesellschaft*, Bonn 2004, S. 322. Die Autoren schreiben an dieser Stelle zur Erklärung, dass zunächst eine falsche Einschätzung der Situation vorherrschend war: „Sowohl der niederländische Staat und die einheimische Bevölkerung als auch die meisten Migranten selbst gingen davon aus, dass sie nach kürzerer oder längerer Zeit wieder zurückkehren würden.“ Entzinger schreibt zum Thema: „Trotz der beachtlichen Zahl von Immigranten betrachteten sich die Niederlande auf jeden Fall bis 1980 nicht als Einwanderungsland.“ H. ENTZINGER, *Veränderte Grundlagen: Die niederländische Sicht der Einwanderung*, in: H. FASSMANN/R. MÜNZ (Hrsg.), *Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends und politische Reaktionen*, Frankfurt 1996, S. 145.

ten knapp 500.000 nichtwestliche Allochthone in den Niederlanden, dies entsprach einem Bevölkerungsanteil von etwa 3,4 Prozent.⁶

Das lange Zeit so positive Bild der niederländischen Integrationspolitik erklärt sich zu einem weiten Teil dadurch, dass die niederländische Politik die Notwendigkeit für integrationsfördernde Maßnahmen schon zu Beginn der achtziger Jahre anerkannte und auf dieser Grundlage Maßnahmen ergriff, die die Rechtsposition und die sozioökonomische Stellung der Zuwanderer stärken sollten. Zudem wurde die Emanzipation der Zuwanderergruppen und damit die Entstehung einer multikulturellen Gesellschaft als Ziel verfolgt. Die achtziger Jahre waren somit in den Niederlanden integrationspolitisch nicht wie in Deutschland „das verlorene Jahrzehnt“⁷, vielmehr wurde nach Berndt eine „anspruchsvoll und umfassend konzipierte Minderheitenpolitik“⁸ geplant und umgesetzt.

Der spezifisch niederländische Umgang der politischen Elite mit dem Thema Integration wurde jedoch nicht nur durch die politischen Maßnahmen deutlich. Die Integration von Zuwanderern gehört grundsätzlich zu jenen politischen Themen, mit denen Politiker breite Bevölkerungsschichten erreichen und mobilisieren können. Dementsprechend ist die politische Elite stets in Versuchung, in der Bevölkerung vorhandene Stimmungen, Besorgnisse und Vorurteile durch „klare Worte“ auf diesem Gebiet zu nutzen und sich öffentlichkeitswirksam zu profilieren.⁹ In den deutschen Wahlkämpfen der achtziger Jahre sind derartige Aktivitäten von mehreren Parteien unternom-

⁶ Die in den Niederlanden verwendete Unterscheidung zwischen Autochthonen und Allochthonen ist in den meisten anderen Ländern (auch in Deutschland) wenig gebräuchlich. Nach der niederländischen Definition sind Autochthone Personen mit zwei in den Niederlanden geborenen Elternteilen. Zur Gruppe der Allochthonen gehören folglich all jene Menschen, von denen zumindest ein Elternteil aus dem Ausland stammt. Hinsichtlich der Allochthonen wird in den Niederlanden eine weitere Unterscheidung getroffen. Die Zuwandererbevolkerung wird in so genannte „westliche“ und „nichtwestliche“ Allochthone unterteilt, wobei die Einteilung keineswegs vornehmlich auf der Grundlage geographischer, sondern auf der Basis wirtschaftlicher und sozialer Aspekte stattfindet. Im Zentrum der niederländischen Diskussionen und Politik steht die Gruppe der nichtwestlichen Allochthonen. Bei ihnen handelt es sich um Zugewanderte aus Süd- und Mittelamerika, aus Afrika, aus der Türkei sowie aus den Staaten Asiens mit Ausnahme Indonesiens und Japans. Wenn im Folgenden von Zugewanderten oder Migranten gesprochen wird, sind – sofern dies nicht anders angekündigt wird – die nichtwestlichen Allochthonen gemeint. In den achtziger Jahren fand der Begriff nichtwestliche Allochthone noch keine Verwendung, vielmehr wurde von „(ethnischen) Minderheiten“ gesprochen.

⁷ Bade, zitiert nach D. VOGEL, *Die Niederlande als Einwanderungsland. Rahmenbedingungen aktuelle Politik und Stand der Integration von Allochthonen*, in: VOGEL (wie Anm. 1), S. 34.

⁸ U. BERNDT, *Niederlande: Trend zur obligatorischen Integration*, in: K.J. BADE (Hrsg.), *Einwanderungskontinent Europa: Migration und Integration am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Osnabrück 2001, S. 68. Eine ebenso positive Beurteilung hinsichtlich der niederländischen Politik findet sich bei D. THRÄNHARDT, *Einwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland und den Niederlanden*, in: *Leviathan*, Bd. 2 (2002), S. 220.

⁹ Im angloamerikanischen Sprachraum wird in diesem Zusammenhang von „playing the race card“ gesprochen.

men worden. In den Niederlanden ist zu dieser Zeit hingegen eine deutliche Abweichung von dem allgemeinen Bild zu konstatieren. Hier hielten sich die etablierten Parteien an eine Vereinbarung, nach der verantwortungsvoll mit dem Thema Integration umzugehen ist. Die Gültigkeit dieses gentlemen's agreement zeigte sich insbesondere vor den Wahlen, in denen keine polarisierenden und konfrontativen Kontroversen über das Thema Integration stattfanden. Auch die Medien achteten (ebenfalls im Gegensatz zu Deutschland) zu dieser Zeit auf eine zurückhaltende und sachliche Berichterstattung.

Es stellt sich die Frage, inwiefern die niederländische Bevölkerung die Maßnahmen der Regierung und vor allem den Umgang mit dem Thema unterstützte. In der Literatur zu diesem Thema wird allgemein davon ausgegangen, dass weite Teile der Bevölkerung trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Integrationsbemühungen der Regierung befürworteten und sich gegen Rassismus und Diskriminierung aussprachen.¹⁰ Aus demoskopischen Daten geht in diesem Sinne dann auch hervor, dass die Haltungen gegenüber Zugewanderten zwar ein gewisses Maß an Skepsis zeigten, sich jedoch insgesamt recht positiv darstellten.¹¹ Interessant sind in diesem Zusammenhang natürlich auch die Wahlergebnisse. Im Jahr 1982 schaffte mit der 1980 gegründeten Centruumpartij (CP) zum ersten Mal seit den dreißiger Jahren eine offen fremdenfeindliche Gruppierung den Einzug in das niederländische Parlament. Nach internen Querelen gelang es den aus der CP hervorgegangenen Centrumdemokraten (CD) – einer Partei, die zwar etwas weniger radikal war als ihre Vorgängerorganisation, die jedoch dennoch zweifelsohne als ausländerfeindlich und rassistisch zu charakterisieren ist – diesen Erfolg 1989 zu wiederholen. Bei der Bewertung dieser Vorgänge ist jedoch zu beachten, dass sich in beiden Fällen weniger als ein Prozent der Wähler für die jeweilige rechte Partei entschied. Diese hatten ihren Einzug in das Parlament somit zu einem gewissen Grad dem niederländischen Wahlrecht zu verdanken.¹² Von einer breiten Ablehnung der etablierten Politik oder einer massiven Zustimmung für fremdenfeindliche Parolen – und somit von

¹⁰ Thränhardt urteilt beispielsweise folgendermaßen: „Der gesamte politische Prozess lief nicht ohne Schwierigkeiten und Widersprüche ab. Im Ganzen aber herrschte eine Haltung pragmatischen Kompromisses vor, einschließlich eines wachsenden Optimismus über die Möglichkeit der Lösung existierender Probleme und eines Gefühls von Stolz auf die Niederlande als offene und tolerante Gesellschaft.“ THRÄNHARDT (wie Anm. 8), S. 234.

¹¹ Vgl. BOECKER/GROENENDIJK (wie Anm. 5), S. 348.

¹² Die Fraktion der CP bzw. der CD bestand somit dann auch nur aus einer Person. Es handelte sich in beiden Fällen um den im Lauf der Jahre mehrmals wegen diskriminierender Aussagen verurteilten Hans Janmaat (1934–2002), der 1981 und 1982 Spitzenkandidat der CP war, sich 1984 mit dieser überwarf und ab 1989 für die CD im Parlament saß. Die Parolen, mit denen die rechten Parteien in den achtziger Jahren Werbung machten, lauteten unter anderem „Vol=Vol“ oder „Eigen Volk Eerst“. Die Diskurse der rechten Parteien wurden von den Vertretern der großen Parteien nach Leiprecht und Lutz als unanständig und unwürdig eingeschätzt. Vgl. R. LEIPRECHT/H. LUTZ, *Verschlungene Wege mit Höhen und Tiefen. Minderheiten- und Antidiskriminierungspolitik in den Niederlanden*, in: VOGEL (wie Anm. 1), S. 90.

dem Erfordernis einer Revision des weitverbreiteten Bildes hinsichtlich der gesellschaftlichen Stimmung in den achtziger Jahren – kann in Anbetracht dieser Wahlergebnisse sicher nicht die Rede sein.

Wie erklärt sich der in den achtziger Jahren zu beobachtende, spezifisch niederländische Umgang mit dem Thema Integration, der in so auffälliger Weise von dem in vielen anderen europäischen Ländern abwich? Diese Frage kann anhand verschiedener Aspekte beantwortet werden, deren Relevanz bzw. Erklärungskraft durchaus unterschiedlich gewichtet werden kann. Eine Bedeutung ist zunächst einigen grundsätzlichen Aspekten beizumessen. Auf den niederländischen Umgang mit Fremden mag sich die historische Tradition der Niederlande als Zuwanderungsland sowie die traditionell stark auf internationalen Handel ausgelegte Wirtschaftsstruktur ausgewirkt haben. Aus historischer Perspektive erscheint ebenso die typische niederländische Toleranz- und Beratungskultur wichtig, die auch Grundlagen für die Toleranz gegenüber Migranten schuf, indem sie vor allem polarisierenden und diskriminierenden Tendenzen den Boden entzog.¹³

Diese eher allgemeinen Faktoren sind jedoch nicht in der Lage zu erklären, warum die Haltungen der Niederländer gegenüber den Zuwanderern in den achtziger Jahren signifikant positiver waren als im Jahrzehnt zuvor.¹⁴ Dieser Sachverhalt ist eventuell darauf zurückzuführen, dass die Einsicht in die Notwendigkeit zur Integration aufgrund verschiedener kritischer Geschehnisse in den achtziger Jahren weiter verbreitet war. Bereits in den sechziger und siebziger Jahren war es in den Niederlanden zu Ausschreitungen gegen Zuwanderer gekommen. Vor allem jedoch die Probleme bei der Integration der Molukker wirkten in dieser Hinsicht als eine Art Katalysator. Die Molukker, zumeist ehemalige Angehörige der niederländischen Kolonialarmee und ihre Familien, waren Anfang der fünfziger Jahre in die Niederlande gelangt. Da alle Seiten von einem kurzfristigen Aufenthalt ausgingen, ergriff man keine integrationsfördernden Maßnahmen für diese Gruppe. Weil sich die erhofften politischen Entwicklungen nicht einstellten, fand die geplante Rückkehr nicht statt. Ihre über viele Jahre angestaute politische Frustration und ihre Perspektivlosigkeit bildeten Grundlagen dafür, dass junge Molukker im Lauf der siebziger Jahre verschiedene aufsehenerregende Terrorakte ausübten.¹⁵ Diese Verbrechen platzierten das Thema Integration einerseits oben

¹³ Vgl. hierzu BERNDT (wie Anm. 8), S. 67; R. PENNINX, *Die niederländische Gesellschaft und ihre Einwanderer. Einwanderungs- und Minderheitenpolitik, öffentlicher Diskurs und Multikulturelles in den Niederlanden*, in: M. JANSEN/S. BARINGHORST (Hrsg.), *Politik der Multikultur. Vergleichende Perspektiven zu Einwanderung und Integration*, Baden-Baden 1994, S. 117 ff.

¹⁴ Böcker und Groenendijk, die eine entsprechende Zeitreihe demoskopischer Daten auswerten, halten fest, dass in den siebziger Jahren eine negative Grundhaltung gegenüber Zuwanderern dominierte. Als Beispiel führen sie an, dass 1975 40 Prozent der befragten Niederländer lieber keine Nachbarn aus einer anderen ethnischen Gruppe haben wollten. Vgl. BOECKER/GROENENDIJK (wie Anm. 5), S. 348.

¹⁵ Die Molukker hofften auf die Gründung einer Republik der Südmolukken im Süden Indonesiens und damit auf die Errichtung eines eigenen Staates. Von der niederländischen Politik erwarteten sie für dieses Vorhaben Unterstützung. In der praktischen

auf der politischen Agenda. Andererseits machten sie sowohl der niederländischen Politik als auch der Gesellschaft sehr deutlich, welche Gefahren mit einer ausbleibenden bzw. mangelhaften Integration verbunden sein können.¹⁶ Dies trug dazu bei, dass das Thema Integration in den Niederlanden in den achtziger Jahren nicht so negativ besetzt bzw. wenig akzeptiert war wie in vielen anderen Staaten. Auf dieser Grundlage ergab sich dann auch eine andere Wechselwirkung zwischen Politik und Bevölkerung. Während sich in einigen europäischen Ländern kritische Äußerungen von Politikern auf der einen und Ressentiments in der Bevölkerung auf der anderen Seite gegenseitig verstärkten, war in den Niederlanden ein sachlicher Umgang mit der Thematik möglich.

Stimmungsumschwung in den neunziger Jahren

Im Verlauf der achtziger Jahre erhöhte sich die Zahl der nichtwestlichen Allochthonen auf rund 850.000 Personen, was zu dieser Zeit (1990) einem Bevölkerungsanteil von nahezu 6 Prozent entsprach. Die objektive Bedeutung des Themas Integration wuchs im Rahmen dieser Entwicklung an. Ab Beginn der neunziger Jahre verlagerte die niederländische Politik die Schwerpunkte der Integrationsförderung. Fragen der rechtlichen Gleichstellung und kulturellen Entfaltung verloren an Bedeutung. Ins Zentrum der Politik rückte hingegen das Bemühen um eine sozioökonomische Gleichstellung. Insbesondere die Bildungsergebnisse von Zuwanderern und ihre Situation auf dem niederländischen Arbeitsmarkt wurden kritisch bewertet und standen fortan im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten.

Der Wandel in den Niederlanden beschränkte sich nicht nur auf die politischen Maßnahmen. Auch der politische und öffentliche Umgang mit Fragen der Integrations- und Zuwanderungspolitik änderte sich. Der damalige Fraktionsvorsitzende der Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD, 1990–1998) und spätere EU-Kommissar (1999–2004) Frits Bolkestein brach im Jahr 1991 die Vereinbarung, das Thema Integration aus den politischen Diskussionen herauszuhalten. In Reden und verschiedenen Publikationen äußerte sich Bolkestein fortan immer wieder kritisch über die Grenzen und Gefahren einer multikulturellen Gesellschaft. Insbesondere verwarf er kulturrelativistische Anschauungen und trat er für die Einhaltung „westlicher Wer-

Politik waren die Pläne der Molukker jedoch nicht durchsetzbar, da die indonesische Regierung kein Interesse an einer Preisgabe des relevanten Gebietes hatte und auch die niederländische Regierung dahingehend keinen wirksamen Druck ausübte. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, führten einige Molukker vor allem in den siebziger Jahren kriminelle Handlungen wie etwa Zugentführungen, Geiselnahmen und Hausbesetzungen durch, bei denen es zu Todesopfern kam.

¹⁶ Siehe hierzu u.a.: BOECKER/GROENENDIJK (wie Anm. 5), S. 322 f.; H. ENTZINGER, *Multikulturalismus im Wohlfahrtsstaat: Zuwanderungs- und Integrationspolitik in den Niederlanden*, in: A. WEBER, *Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union: Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten*, Osnabrück, 1997, S. 163 f.; LEIPRECHT/LUTZ (wie Anm. 12), S. 87 f.

te“ (u.a. Toleranz, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung) ein, wobei er vor allem ein Spannungsverhältnis zwischen diesen Werten und dem Islam ausmachte. Hieran schloss er deutliche Zweifel an der Ausrichtung der bisherigen Integrationspolitik sowie die Forderung nach verstärkter Integration an. Obwohl Bolkestein mit seinen Äußerungen aus verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Lagern heftige Kritik erfuhr, gewannen seine Inhalte zweifelsohne deutlichen Einfluss auf die Integrationsdiskussionen in den Niederlanden.¹⁷ Sie bildeten, da Bolkestein in der Bevölkerung auf relativ große Unterstützung stieß, zudem eine der Grundlagen dafür, dass seine VVD bei den anstehenden Wahlen gute Ergebnisse erzielte.

Ab Beginn der neunziger Jahre wurde in den Niederlanden verstärkt und zum Teil auch sehr kritisch über verschiedene Aspekte der Themen Immigration und Integration gesprochen. Im Rahmen dieser Diskussionen wurde unter anderem auf die illegale Einreise von Zuwanderern und die überproportional hohe Kriminalitätsrate von Migranten eingegangen.¹⁸ Die Debatten waren dadurch charakterisiert, dass sich der Ton im Vergleich zu den achtziger Jahren verschärft hatte und sich zudem große Teile der Bevölkerung an ihnen beteiligten. In Umfragen äußerten sich die befragten Niederländer skeptischer gegenüber Zuwanderern als im vorherigen Jahrzehnt.¹⁹ Rechte Parteien erzielten bei Kommunalwahlen gewisse Erfolge, sogar auf nationaler Ebene erhielt die CD 1994 2,5 Prozent der Stimmen, wodurch sie bis 1998 mit drei Abgeordneten im Parlament vertreten war. In diesem Zusammenhang ebenfalls relevant ist die Tatsache, dass die Zahl der gewaltsamen Übergriffe gegen Migranten zu Beginn der neunziger Jahre anstieg, was unter diesen zu einem Gefühl der Unsicherheit führte.²⁰ In Anbetracht dieser Ent-

¹⁷ Nach Leiprecht und Lutz hat sich die politische Kultur nach den Diskussionen über die Äußerungen Bolkesteins schleichend verändert: „Wurde das öffentliche Ansprechen der Allochthonen als ‚Belastung der Gesellschaft‘ bis 1991 eher vermieden, so begannen allmählich auch andere Parteien Ton und Inhalt der Aussagen Bolkesteins zu übernehmen.“ LEIPRECHT/LUTZ (wie Anm. 12), S. 97.

¹⁸ Die Diskussionen um die illegale Einwanderung entbrannten vor allem, nachdem 1992 ein Transportflugzeug über den Amsterdamer Vorort Bijlmermeer abgestürzt war. Zu den Opfern dieser Katastrophe zählten auch illegale Zuwanderer. Die im Anschluss einsetzende Diskussion spiegelte nach Entzinger ein „Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit wider, das zuvor in den Niederlanden unbekannt war.“ ENTZINGER (wie Anm. 5), S. 156.

¹⁹ Vgl. BÖCKER/GROENENDIJK (wie Anm. 5), S. 348 f. Die Autoren erläutern hier, dass in den neunziger Jahren „die Zahl derjenigen Niederländer zunahm, die der Auffassung waren, dass es zu viele Ausländer gebe und dass diese störten. Im Jahre 1998 stand beinahe die Hälfte der Befragten der Vorstellung, Menschen einer anderen ethnischen Gruppe zum Nachbarn zu haben, mehr oder wenig ablehnend gegenüber (...)“.

²⁰ Vermeulen und Penninx belegen diesen Sachverhalt mit folgendem Zitat: „Especially in the period from 1992 to 1994 there were many violent incidents. A study from 1995 among Turks, Moroccans and Surinamese revealed that 63 percent felt threatened by right-extremist parties and their electoral supporters.“ H. VERMEULEN/

wicklungen ist somit der Einschätzung zuzustimmen, dass sich der Umgang mit dem Thema Integration seit Beginn der neunziger Jahre insgesamt gravierend verändert hat.²¹

Die neunziger Jahre waren in den Niederlanden hinsichtlich des Themas Integration insgesamt ein Jahrzehnt des Wandels. Der politische Richtungswechsel basierte auf der Unzufriedenheit mit den in den achtziger Jahren auf dem Feld der Integrationspolitik erzielten Resultaten, der unter anderem bereits in einem Bericht des Wissenschaftlichen Beirates für Regierungspolitik (WRR) aus dem Jahr 1989 Ausdruck verliehen wurde.²² Die Erfolge der Politik lagen vor allem in den Bereichen der rechtlichen Gleichstellung und der kulturellen Entfaltung. „Weniger positiv war jedoch die Bilanz im Kampf gegen soziale und ökonomische Deprivation. Zu lange hatte man in den Niederlanden die nachteiligen Effekte einer hohen Arbeitslosenrate, je nach ethnischer Gruppe damals zwischen 20 und 40% unterschätzt und die Minderheiten als Versorgungsfälle des Sozialstaates behandelt.“²³ Die starke Abhängigkeit von Sozialleistungen und die hohe Arbeitslosigkeit der Migranten verursachten erhebliche Kosten für die öffentlichen Kassen. Auf die vor diesem Hintergrund immer lauter werdende Kritik, die eine Verbesserung der Situation verlangte, versuchte die niederländische Regierung durch umfassende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu reagieren.

Die in vielen Fällen schlechte sozioökonomische Position der Migranten und hierbei vor allem die Probleme in den Sektoren Bildung, Arbeit und Wohnen stellten auch wesentliche Grundlagen dafür dar, dass in Politik und Gesellschaft von Beginn der neunziger Jahre an kritischer über das Thema Integration gesprochen wurde. Die entsprechenden Diskussionen sind dabei unter anderem vor dem Hintergrund des Umbaus des niederländischen Sozialstaates und der damit einhergehenden Folgen zu betrachten. Der verhältnismäßig leichte Zugriff von Zuwanderern auf sozialstaatliche Leistungen stieß in der niederländischen Bevölkerung in Anbetracht dieser Politik vermehrt auf Unverständnis, vor allem, da sich viele Probleme als dauerhaft und nicht in dem Maße lösbar erwiesen, wie man vermutet hatte. Der niederländischen Politik wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, dass sie die Migranten von Beginn an als Problemfälle definiert und ihre Eigeninitiative durch den leichten Zugriff auf staatliche Versorgungen erstickt habe. Besondere Prominenz erlangte in diesem Kontext der Soziologe Jan Rath, der in

R. PENNINX, *Introduction*, in: DIES. (Hrsg.), *Immigrant integration. The dutch case*, Amsterdam 2000, S. 19.

²¹ Vgl.: ENTZINGER (wie Anm. 5), S. 156.

²² Vgl. WRR, *Allochtonenbeleid*, Den Haag 1989.

²³ BERNDT (wie Anm. 8), S. 68 f.; Auf die Versäumnisse der achtziger Jahre weist auch Entzinger hin: „Als akzeptable Alternative zur Erwerbsarbeit galt die volle Gleichberechtigung der Minderheiten und das Recht, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, die ein halbwegs erträgliches Leben ermöglichten. In der Folge betrachteten viele Niederländer die Minderheiten mehr als Sozialhilfeempfänger denn als Arbeitskräftepotential.“ ENTZINGER (wie Anm. 5), S. 154.

seinen Veröffentlichungen diesbezüglich unter anderem von der „Minorisierung“ und dem „strengen Gesicht von Frau Antje“ sprach.²⁴

Der zweite Aspekt, der zu einer Verschärfung der Diskussionen über Integration beitrug, besteht darin, dass – entgegen des zu dieser Zeit noch weitverbreiteten multikulturellen Images der Niederlande – eine zunehmende Skepsis über das Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturen immer offener zutage trat. Eine im Jahr 1995 durchgeführte Umfrage führte in diesem Sinne zu dem vielleicht überraschenden Ergebnis, dass den Kulturen und Traditionen der Zuwanderer in den Niederlanden weitaus weniger Wertschätzung entgegengebracht wurde als dies in anderen Ländern (wie beispielsweise in Deutschland) der Fall war.²⁵ In den entsprechenden Debatten wurde vor allem begonnen, die Vereinbarkeit zwischen den (häufig angeführten, jedoch selten sachkundig bestimmten) „islamischen Werten und Traditionen“ und den (zumeist ebenso unscharf definierten) „westlichen“ Fundamenten der niederländischen Gesellschaft anzuzweifeln. Die von Bolkestein zu Beginn der neunziger Jahre getätigten Äußerungen bildeten nach Böcker und Thränhardt demnach dann auch den „Anfang einer Kette von Diskursen, die den Islam als gefährlich, andersartig und nicht integrationsfähig definierten.“²⁶

Paul Scheffer und das „multikulturelle Drama“

Trotz aller kritischer Debatten und verschiedener politischer Bemühungen, die Zuwanderung in die Niederlande zu begrenzen, war auch in den neunziger Jahren die Zahl der nichtwestlichen Allochthonen stark gestiegen. Zu Beginn des neuen Jahrtausends lag sie bei über 1,4 Millionen, etwa neun Prozent der niederländischen Bürger gehörten damit zu dieser Bevölkerungsgruppe. Diese Entwicklung ist jedoch nicht die entscheidende Ursache dafür, dass die niederländischen Diskussionen über Integration in den letzten Jahren nochmals erheblich an Dynamik, Gewicht und Schärfe gewannen. Eher ist von Bedeutung, dass das Denken vieler Niederländer in Bezug auf die Integration der Zuwanderer durch eine große Unzufriedenheit über die bisher erzielten Erfolge und eine große Besorgnis über zukünftige Probleme geprägt war und ist.²⁷

Auf dieser Grundlage stand das Thema in der letzten Zeit immer wieder im Zentrum kontroverser Auseinandersetzungen. Der Publizist Paul Scheffer schuf am 29. Januar 2000 mit einem Artikel im *NRC Handelsblad* die Grundlage für eine solche Diskussion. In seinen Ausführungen, die er mit der Über-

²⁴ Vgl. hierzu u.a.: J. RATH, *Das strenge Gesicht von Frau Antje. Die andere Seite des niederländischen Modells der Integration ethnischer Minderheiten*, in: *Neue Praxis*, Bd. 6 (1996), S. 479–494.

²⁵ Vgl. BÖCKER/THRÄNHARDT (wie Anm. 2), S. 6.

²⁶ Ebd., S. 5.

²⁷ Vgl. u.a. M. GIJSBERTS, *Ethnic minorities and integration. Outlook for the future*, Den Haag 2004, S. 44 f.

schrift *Het multiculturele drama* versehen hatte, äußerte er sich skeptisch über den Stand und die Perspektiven der Integration von Migranten in den Niederlanden.²⁸ Der Autor richtete seine Kritik vor allem darauf, dass die Probleme der allochthonen Bevölkerung vor allem in den Bereichen Bildung und Arbeit nicht intensiv und kritisch genug beachtet werden. In Anbetracht fortdauernder Rückstände der Zuwanderer warnte er vor der Entstehung einer perspektivarmen Unterschicht. Scheffer beschäftigte sich zudem mit den Problemen, die das Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen in der niederländischen Gesellschaft hervorruft. In der Öffentlichkeit und sogar im politischen Diskurs rief der Aufsatz ein außerordentlich großes Echo hervor, wobei die Reaktionen zwischen starker Zustimmung und deutlicher Kritik schwankten. Nach Cuperus hat der Aufsatz dazu beigetragen, die Schwerpunkte der niederländischen Integrationskontroversen zu verschieben: „Seit dieser zur Panikmache tendierenden Analyse wird die multikulturelle Debatte verstärkt in Begriffen wie Anpassung, Assimilierung, kulturelle Integration und mangelhafte Integration geführt. Dies geschah auf Kosten von dem und als Ersatz für den früheren Diskurs, der in den Begriffen des Multikulturalismus geführt worden war.“²⁹

Pim Fortuyn und das Thema Integration

Migrations- und Integrationsfragen beschäftigten Pim Fortuyn schon zu der Zeit, als er noch als Kolumnist tätig war. Im Rahmen seiner aufsehenerregenden politischen Karriere, die 2001 begann und durch ein Attentat bereits am 6. Mai 2002 brutal beendet wurde, nahmen diese Themen eine wichtige Stellung ein. Hinsichtlich des Themas Zuwanderung plädierte er über Jahre für eine Politik, die die Möglichkeiten der Einreise in die Niederlande stark begrenzen sollte. Die mit der bisherigen Politik erzielten Integrationserfolge bewertete er skeptisch. Er verlangte mehr Anpassungsbereitschaft von den Zuwanderern und von der Regierung eine Politik, die mehr Engagement verlangte. Sein Hauptaugenmerk lag dabei stets auf dem Bereich der soziokulturellen Integration und hierbei insbesondere auf Wertefragen. Fortuyn war ein starker Befürworter demokratischer und liberaler Freiheiten und ein entschiedener Gegner des Kulturrelativismus. Insbesondere den Islam, den er wiederholt als „rückständige Kultur“ bezeichnete, sah er als Gefahr für die von ihm geschätzten Werte an. Aus diesem Grund hatte er bereits 1997 ein

²⁸ Der Text des Artikels ist einzusehen unter <http://www.nrc.nl/W2/Lab/Multicultureel/scheffer.html>.

²⁹ R. CUPERUS, *Vom Poldermodell zum postmodernen Populismus. Die Fortuyn-Revolution in den Niederlanden*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 14 (2003), S. 54. Weitere Informationen zum Artikel und zu den anschließenden Reaktionen finden sich bei: J. LIST, „Das multikulturelle Drama“. *Analyse einer Debatte zur Einwanderungsgesellschaft in einer großen niederländischen Tageszeitung*, in VOGEL (wie Anm. 1), S. 120 ff.; R. RIJKSCHROEFF u.a., *Bronnenonderzoek integratiebeleid*, Utrecht 2003, S. 51 f.; P. SCHEFFER, *Het multiculturele drama: een repliek*, in: R. RUTGERS/G. MOLIER, *Het multiculturele debat. Integratie of assimilatie?*, Den Haag 2004, S. 27–36.

Buch mit dem Titel *Tegen de islamisering van onze cultuur. Nederlandse identiteit als fundament* (*Gegen die Islamisierung unserer Kultur. Niederländische Identität als Fundament*) verfasst und ließ er in der Folgezeit immer wieder kritische und polarisierende Kommentare verlauten.³⁰

Seine öffentlichkeitswirksamen, provokanten und zum Teil sogar verletzenden Äußerungen waren eine zentrale Grundlage dafür, dass Fortuyn im In- und Ausland teilweise als rechtsextremer Politiker be- bzw. verurteilt und im Zuge der Diskussion über den neuen Rechtspopulismus in Europa in eine Reihe mit Personen wie beispielsweise dem Franzosen Jean-Marie Le Pen, dem Flamen Filip Dewinter oder dem Österreicher Jörg Haider gestellt wurde. Fortuyn selbst lehnte derartige Gleichsetzungen entschieden ab. In der Tat bringen Vergleiche sowohl hinsichtlich der nationalen Kontexte als auch vor allem hinsichtlich der politischen Inhalte große Unterschiede zutage, sodass in dieser Hinsicht differenzierte Betrachtungen vonnöten sind.³¹ Anders als manchen der Rechtspopulisten im europäischen Ausland war Fortuyn eine Überbetonung des Nationalen ebenso fremd wie das Denken in rassistischen Strukturen oder die (Über-)Betonung konservativer und familiärer Werte. Cuperus schreibt hierzu: „Es ging ihm nicht um das eigene Volk, die eigene Rasse oder Rassismus, sondern um die Anpassung an grundlegende Werte und Freiheiten, ohne Rücksicht auf Herkunft oder Hautfarbe.“³² Das von ihm verfolgte, zum Teil auch exkludierende Gesellschaftsbild verfolgte er jedoch unnachgiebig und häufig auf provokante und polarisierende Weise. Zudem wählte er zur Verbreitung seiner Inhalte eine „postmodernxenophobe Rhetorik“³³, mit der er sich deutlich vom bisher bekannten politischen Umgang mit dem Thema Integration absetzte.

In seiner kurzen politischen Karriere war Fortuyn überaus erfolgreich. Als Spitzenkandidat der Vereinigung Leefbaar Rotterdam konnte er bei der Kommunalwahl im März 2002 einen furiosen Wahlsieg verbuchen. Die Umfrageergebnisse für seine eigene Partei, die kurzfristig ins Leben gerufene Lijst Pim Fortuyn (LPF), waren vor der Parlamentswahl im Mai 2002 sehr positiv, zum Teil wurde Fortuyn sogar als neuer Ministerpräsident gehandelt. Die Wahl selbst, die neun Tage nach seiner Ermordung stattfand, wird allgemein als politisches Erdbeben beurteilt. 17 Prozent der Wähler stimmten für die erst wenige Monate zuvor gegründete LPF, die damit bis zur Neuwahl Anfang 2003 die zweitstärkste Fraktion im Parlament stellte – ein Aufstieg, den es in dieser Form in der niederländischen Geschichte noch nicht gegeben hatte. Die LPF wurde im Anschluss an die Wahl Koalitionspartner in der Regierung Balkenende I, die jedoch wegen interner Querelen in der führungslosen LPF nur knapp drei Monate im Amt war. Bei der Wahl 2003 verlor die

³⁰ Vgl. P. FORTUYN, *Tegen de islamisering van onze cultuur. Nederlandse identiteit als fundament*, Utrecht 1997.

³¹ Cuperus schreibt hierzu: „Doch letztlich war Fortuyn ein komplexer und besonderer Fall. Man könnte ihn mit ebenso viel Berechtigung mit dem Anti-Establishment-Populismus von Haider assoziieren, als in ihm einen radikalen Verteidiger der westlichen liberalen Kultur sehen.“ CUPERUS (wie Anm. 29), S. 53

³² Ebd., S. 55.

³³ Vgl.: BÖCKER/THRÄNHARDT (wie Anm. 2), S. 4.

Partei Zweidrittel ihrer Stimmen, seit der Wahl 2006 ist sie nicht mehr in der Zweiten Kammer vertreten.

Es besteht Konsens darüber, dass die Aussagen zu den Themen Migration und Integration im Allgemeinen und zum niederländischen Multikulturalismus im Besonderen eine wichtige Erklärung für die Erfolge Fortuyns darstellen. Mit seiner kritischen und direkten Art gelang es dem kontroversen Politiker ohne Zweifel, eine Stimmung in der niederländischen Gesellschaft zu nutzen, die die anderen Parteien nicht in diesem Maße wahrnahmen und auch in dieser Form nicht aufgreifen wollten oder konnten. Der Aufstieg Fortuyns basierte jedoch nicht nur und vielleicht nicht einmal hauptsächlich auf diesem Aspekt. Vielmehr kommt auch anderen Punkten – wie beispielsweise der Tatsache, dass Fortuyn sich erfolgreich als Widerstreiter der etablierten Politik profilieren konnte, dem Zustand des niederländischen Parteiensystems, den Krisenerscheinungen im öffentlichen Sektor oder der Medienkompetenz und -präsenz Fortuyns – eine Bedeutung zu. Die Wahlerfolge Fortuyns sind somit sicherlich als Fingerzeig auf, jedoch nicht monokausal durch eine weitverbreitete Skepsis unter den niederländischen Bürgern zu deuten, die sich sowohl auf die fortdauernden Integrationsdefizite als auch auf die Konfrontation mit fremden Kulturen bezog. Zu diesen beiden, bereits in den neunziger Jahren zu beobachtenden Aspekten trat zu Beginn des neuen Jahrtausends, nach den Anschlägen vom 11. September 2001, ein neues Thema hinzu: die Angst vor dem islamistischen Terrorismus. Die Reaktionen auf die Terroraktionen in den USA waren in den Niederlanden besonders massiv, was sich unter anderem in einer im Vergleich zu anderen Ländern hohen Zahl an Übergriffen auf Muslime zeigte.³⁴ Die in der Öffentlichkeit sehr präzente und breit diskutierte terroristische Bedrohung trug fortan zu einem Gefühl der Unsicherheit und dem Verlangen nach einem harten politischen Kurs bei – Faktoren, die der Fortuyn-Bewegung zusätzlichen Auftrieb gaben.

Ayaan Hirsi Ali und der Mord an Theo van Gogh

Auch nach dem Tod Fortuyns nahmen die von ihm angesprochenen Inhalte im öffentlichen und politischen Diskurs einen breiten Raum ein. Im Rahmen der Diskussion über die Vereinbarkeit „niederländischer Werte“ mit „muslimischen Traditionen“ erlangte die aus Somalia stammende und heute in den USA lebende Ayaan Hirsi Ali eine große Bedeutung. Die ehemalige Abgeordnete der VVD, die unter anderem als „eine der streitbarsten Kritikerinnen

³⁴ Vgl.: THRÄNHARDT (wie Anm. 8), S. 247 f. Der Autor schreibt hier: „In den Monaten nach dem New Yorker Anschlag konstatierte die ‚Europäische Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit‘ in den Niederlanden mehr Übergriffe gegen Moslems als in allen anderen EU-Ländern.“ Auf die gerade auch im Vergleich zu Deutschland sehr heftigen Reaktionen auf die Anschläge vom 11. September verweisen unter anderem auch: BÖCKER/GROENENDIJK (wie Anm. 5), S. 350; LEIPRECHT/LUTZ (wie Anm. 12), S. 84; KOOPMANS (wie Anm. 3), S. 2.

des politischen Islam³⁵, als „schärfste Wortführerin des islamkritischen Diskurses in den Niederlanden“³⁶ und als „bekannteste Frauenrechtlerin und Islam-Kritikerin Hollands“³⁷ bezeichnet wurde, setzt sich in den letzten Jahren immer wieder kritisch mit dem Islam und vor allem der Stellung der Frauen im Islam auseinander. Eine ihrer wichtigsten Forderungen besteht darin, dass die Misshandlungen von muslimischen Frauen in Europa nicht unter dem Vorwand der Toleranz akzeptiert werden dürfen, sondern vielmehr unverzüglich politisch und juristisch zu bekämpfen sind. Die Titel ihrer Bücher lauten *De zoontjesfabriek* (*Die Söhnefabrik*) und *De maagdenkooi* (*Der Jungfrauenkäfig*) und sprechen eine deutliche Sprache.³⁸ Den Islam sieht sie in der Krise, da er ihrer Auffassung zufolge in einem Spannungsverhältnis zur Vernunft und zum Fortschritt steht.

Durch ihre skeptischen Einschätzungen sowie ihre direkte, fordernde und provozierende Art stand Hirsi Ali immer wieder in der Kritik. Die im Vorangegangenen bereits beschriebenen Tendenzen in der niederländischen Gesellschaft führten jedoch gleichzeitig dazu, dass sie eine zeitlang eine der beliebtesten Politikerinnen in den Niederlanden war. Ihre Inhalte machten sie zum Hassobjekt radikaler Islamisten, die sie über Jahre bedrohten und die damit einen fortdauernden Polizeischutz erforderlich machten. Die Ernsthaftigkeit dieser Bedrohungen erwies sich Ende des Jahres 2004. Hirsi Ali hatte zusammen mit dem Filmemacher Theo van Gogh den Kurzfilm *Submission* geschaffen, in dem die Unterdrückung muslimischer Frauen anhand drastischer Bilder und Texte thematisiert wird. Van Gogh, der nicht nur als Regisseur, sondern auch als Moderator und Autor tätig war, hatte sich im Lauf seines Lebens hinsichtlich verschiedener Gruppen und Personen immer wieder provokativ geäußert und dabei die Grenzen des guten Geschmacks wiederholt weit hinter sich gelassen. Im Umfeld der Zusammenarbeit mit Hirsi Ali übte er in seiner ihm eigenen Art wiederholt drastische Kritik am Islam und den Muslimen. Er wurde am Morgen des 2. November 2004 in den Straßen Amsterdams von einem islamistischen Fundamentalisten marokkanischer Herkunft brutal ermordet. Diese schreckliche Gewalttat hatte für das gesellschaftliche Klima in den Niederlanden erhebliche Auswirkungen. Die bereits in den Jahren zuvor breit diskutierten Integrationsprobleme und Fragen der

35 C. NEUMANN/M. SCHIESSL, „Sie meinen uns alle.“ Interview mit Ayaan Hirsi Ali, in: *Der Spiegel*, Bd. 20 (2005), S. 134.

36 A. BÖCKER/D. THRÄNHARDT, *Einbürgerung und Mehrstaatigkeit in Deutschland und den Niederlanden*, in: D. THRÄNHARDT/U. HUNGER, *Migration im Spannungsfeld von Globalisierung und Nationalstaat*, in: *Leviathan – Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Sonderheft 22/2003, S. 120.

37 C. GEYER, *Der Islam befindet sich in einer furchtbaren Krise*, FAZ.NET (21.9.2006), <http://www.faz.net/s/RubC17179D529.AB4E2BBEDB095D7C41F468/Doc~E6E2EFE9C039F4B43B7BB84174E3AB267~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, zuletzt aufgerufen am 21.03.2007.

38 Das Buch *De maagdenkooi* wurde in Deutschland, wo es ebenfalls lange Zeit auf den Bestsellerlisten stand, unter dem Titel *Ich klage an* veröffentlicht. 2006 erschien in der Bundesrepublik zudem Hirsi Alis Autobiographie, die in der deutschen Ausgabe den Titel *Mein Leben, meine Freiheit* trägt.

inneren Sicherheit wurden von vielen nun neu bewertet. Zudem gewann das bereits angesprochene Gefühl der Bedrohung bzw. der Unsicherheit, das seit den Anschlägen vom 11. September 2001 vorhanden war und sich mit den in der Folgezeit verübten Terrorakten (unter anderem in Madrid und London) verstärkt hatte, neue Nahrung und eine spezifisch niederländische Dimension. Noch am Tag des Mordes fanden sich viele Niederländer zu einem Protestmarsch zusammen. In den folgenden Wochen bestimmten die Themen Migration, Integration und Terrorismus die öffentlichen und politischen Kontroversen, wobei insbesondere die Gruppe der marokkanischen Zuwanderer immer wieder kritische Aufmerksamkeit erfuhr. Die zum Teil aufgeheizte öffentliche Stimmung trug mit dazu bei, dass sich eine ganze Serie von kleineren Anschlägen auf religiöse Einrichtungen und Schulen ereignete. Erst nach einigen Monaten legte sich die Aufregung und es kehrte eine gewisse Normalität ein. Allerdings machten die Geschehnisse zweifelsohne deutlich, wie tief die Risse in der niederländischen Gesellschaft sind.³⁹

Die Rolle der Ministerin Rita Verdonk

Eine wichtige Rolle im integrationspolitischen Geschehen der Niederlande nahm in den letzten Jahren die 1955 geborene VVD-Politikerin Rita Verdonk ein, die in den Kabinetten Balkenende II und III das Amt der Ministerin für Integration und Ausländerangelegenheiten bekleidete. In dieser Funktion fiel sie vor allem aufgrund ihres harten Kurses auf, mit dem sie einwanderungs- und integrationspolitische Themen handhabte und der ihr den Spitznamen „Eiserne Rita“ einbrachte.

Verdonk setzte unter anderem strengere Regelungen für die Zuwanderung von Ehegatten aus dem Ausland und allgemeine Auflagen für die Einreise in die Niederlande durch. Im Bereich der Asylpolitik trat sie entgegen massiver politischer und gesellschaftlicher Kritik hartnäckig (jedoch letztlich erfolglos) für eine Rückkehr von etwa 26.000 Flüchtlingen, die bereits seit mehreren Jahren in den Niederlanden lebten, in ihre Herkunftsländer ein.⁴⁰ Integrationspolitisch vertrat Verdonk eine Politik, die von den Migranten vor allem ein erhebliches Engagement – insbesondere beim Spracherwerb und auf dem Arbeitsmarkt – sowie die Anerkennung in den Niederlanden gültiger Werte

³⁹ Die Geschehnisse im Umfeld des Mordes an van Gogh sowie deren Hintergründe werden in einer Vielzahl an Publikationen beleuchtet. Verwiesen sei hier beispielhaft auf zwei auch in deutscher Sprache veröffentlichte und gut lesbare Titel: I. BURUMA, *Die Grenzen der Toleranz*, München 2007 und G. MAK, *Der Mord an Theo van Gogh. Geschichte einer moralischen Panik*, Frankfurt am Main 2005.

⁴⁰ Diese Frage wurde in der niederländischen Politik über Monate sehr kontrovers diskutiert. Ende 2006 beschloss das neu zusammengesetzte Parlament, dass die Zuwanderer entgegen den Willen Verdonks in den Niederlanden bleiben dürfen. Diese Entscheidung führte zu einer Krise der nur noch kommissarisch im Amt befindlichen Regierung Balkenende III, in deren Verlauf Verdonk ihr bisheriges Ressort verlor und für kurze Zeit das Amt der Ministerin für Integration, Prävention, Jugendschutz und Resozialisierung erhielt.

und Normen verlangte. In ihrer Amtszeit wurden vor diesem Hintergrund auch für bereits in den Niederlanden lebende Zuwanderer Kurse eingeführt, die deren Chancen auf eine erfolgreiche Integration steigern sollen.⁴¹

Die Ministerin stand aufgrund ihrer Äußerungen, ihrer Politik und diverser Skandale immer wieder im Mittelpunkt öffentlicher Kontroversen. Sie wurde eine der bekanntesten sowie (paradoxaerweise) zugleich beliebtesten und unbeliebtesten politischen Persönlichkeiten der Niederlande.⁴² Diese Bewertungen sind nahezu ausschließlich auf ihr integrationspolitisches Handeln zurückzuführen, das von manchen als sachadäquat, standfest und prinzipientreu geschätzt, von anderen als unerbittlich und falsch kritisiert wurde. Durch ihr polarisierendes Handeln und ihr Vorgehen hinsichtlich der Einbürgerung von Ayaan Hirsi Ali war Verdonk maßgeblich am Sturz des Kabinetts Balkenende II beteiligt.⁴³ Bei der Kampfkandidatur um das Amt des Spitzenkandidaten der VVD für die Wahl im November 2006 verlor Rita Verdonk knapp gegen Mark Rutte. Bei der Wahl 2006 selbst erhielt sie jedoch auf Platz 2 der Liste mehr Stimmen als der Spitzenkandidat, der mit seinem Wahlkampf und seinen Inhalten wenig Anklang in der Wählerschaft fand. Dieser bisher einmalige Vorgang in der niederländischen Geschichte ist darüber hinaus als weiterer Beleg für die Zustimmung, auf die Verdonk mit ihrem politischen Kurs in der Öffentlichkeit stieß, zu bewerten.

Geert Wilders und die Wahlen 2006

Die vorangegangenen Ausführungen haben gezeigt, dass integrationspolitischen Themen in den Niederlanden über mehrere Jahre hinweg ein enorm hohes Interesse entgegengebracht wurde. Vor diesem Hintergrund war es überraschend, dass diesem Themenkomplex im Wahlkampf des Jahres 2006 kaum eine Bedeutung zukam. Zwar versuchten mehrere kleinere Parteien durch provokante Äußerungen Stimmen zu gewinnen, das Echo bei den größeren politischen Konkurrenten und auch in der Bevölkerung blieb jedoch gering. Dies wurde allgemein als Zeichen der Übersättigung der niederländischen Bevölkerung und der politischen Elite interpretiert.⁴⁴ Am Wahlabend zeigte sich jedoch, dass die weitgehende Ruhe trügerisch war. Der

⁴¹ Zu diesem Thema siehe den Beitrag von Michalowski in diesem Jahrbuch.

⁴² Verdonk wurde beispielsweise im Dezember 2005 in einer Umfrage zur besten Politikerin des Jahres gewählt, gleichzeitig wurde sie auch auf der Liste der schlechtesten Politiker auf Platz 3 gewählt.

⁴³ Vgl. hierzu u.a. N. LEPSZY/M. WILP, *Das politische System der Niederlande*, in: W. ISMAYR (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas*, 4. Auflage, Mannheim 2007 (im Erscheinen).

⁴⁴ In einem Kommentar heißt es: „Doch die meisten Niederländer scheinen erschöpft von der Dauerberieselung mit den Unkenrufen der Integrationspolitiker fast jeder Couleur und den ausländerfeindlichen Parolen der Rechtspopulisten.“ A. ROSS, *Integrationsmuffel*, FAZ.NET (22.11.2006), <http://www.faz.net/s/RubDDD.ABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E8863673A90014CA1A2BB7CB2AC83781C~ATpl~common~Scontent.html>, zuletzt aufgerufen am 21.03.2007.

provokante Islam-Kritiker Geert Wilders erhielt mit seiner Partij voor de Vrijheid (PVV) über 5,9 Prozent der Stimmen, die Fraktion der PVV ist seither mit neun Abgeordneten in der Zweiten Kammer vertreten. In den komplizierten Gesprächen über die Bildung einer neuen Regierung wurde über viele Koalitionen nachgedacht, die PVV spielte in den Überlegungen jedoch keine Rolle.

Der 1963 in der limburgischen Stadt Venlo geborene Wilders war von 1989 bis 2004 in der VVD aktiv und ist seit 1998 Mitglied der Zweiten Kammer. Sein Austritt aus der VVD-Fraktion beruhte zum einen darauf, dass er mit der grundsätzlichen inhaltlichen Ausrichtung seiner ehemaligen Partei unzufrieden war. Zum anderen kam es zum Konflikt in einer Sachfrage: Wilders weigerte sich prinzipiell einem Beitritt der Türkei in der EU zuzustimmen und stellte sich somit gegen den Kurs der eigenen Fraktion, die einen Beitritt unter bestimmten Auflagen zustimmen wollte. Die Konflikte führten dazu, dass Wilders sich am 2. September 2004 von der VVD-Fraktion lossagte und bis zum Wahlgang 2006 als unabhängiger Abgeordneter in der Zweiten Kammer blieb.

Die Inhalte, mit denen Wilders seit seinem Austritt aus der VVD in der Politik Schlagzeilen macht, sind rasch genannt. Mit Steuererleichterungen und einem Abbau der Bürokratie will er die Grundlagen für „ein neues goldenes Zeitalter“ schaffen. Die niederländische Entwicklungshilfe soll nahezu komplett gestrichen werden. In der ersten Hälfte des Jahres 2005 setzte er sich vehement gegen die Annahme der sogenannten Europäischen Verfassung ein, indem er kritische Artikel veröffentlichte und im Rahmen seiner „*town-hall*“ vor Ort Werbung gegen den Verfassungsvertrag machte. Auch nach dem Scheitern der Verfassung behielt Wilders seine skeptische Haltung gegenüber dem Europäischen Integrationsprozess bei. Seine Bedenken richteten sich gegen einen Verlust der niederländischen Souveränität und Identität, gegen die als zu hoch empfundenen niederländischen Beitragszahlungen und weiterhin insbesondere gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Hinsichtlich des Themas Immigration steht Wilders für einen Zuzugsstopp für nichtwestliche Allochthone, da er die Aufnahmefähigkeit der niederländischen Gesellschaft als erschöpft ansieht.

Das Hauptthema, mit dem sich Wilders immer wieder auf kontroverse und polarisierende Weise auseinandersetzt, ist jedoch das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Prägungen, wobei sich sein Augenmerk vor allem auf die Muslime in den Niederlanden richtet. Wilders geht von der Notwendigkeit eines stabilen Wertefundaments für die niederländische Gesellschaft aus und sieht die Grundlagen dieses Fundaments in den jüdisch-christlichen und den humanistischen Traditionen. Die Anwesenheit einer großen Zahl von Menschen islamischen Glaubens bedroht seiner Auffassung zufolge die derart definierte niederländische Identität. Aus diesem Grund setzt er sich äußerst kritisch mit dem Islam und den Muslimen in den Niederlanden auseinander. Er verlangt von den Zuwanderern, dass sie sich anpassen, und fordert eine harte Bestrafung derjenigen, die gegen niederländischen Werte und Normen verstoßen. Der oftmals geforderten Toleranz bzw. sogar Förderung unterschiedlicher kultureller Traditionen steht er skeptisch gegenüber.

In seinem Suchen nach Öffentlichkeit ergreift Wilders drastische Maßnahmen und scharfe Töne. So veröffentlichte er Anfang 2006 die vieldiskutierten Karikaturen aus der dänischen Zeitung *Jyllands-Posten* auf seiner Homepage. Im Wahlkampf 2006 warnte er offen von einem „Tsunami der Islamisierung“ der die Niederlande bedrohe. In einem Interview meinte er zudem: „Wenn Mohammed heute hier lebte, würde ich vorschlagen, ihn als Extremisten mit Teer und Federn außer Landes zu jagen.“⁴⁵ Wegen seiner polemischen und zum Teil beleidigenden Aussagen wird Wilders seit Jahren bedroht. In der ersten Zeit nach dem Mord an van Gogh wurde er – wie Ayaan Hirsi Ali – sogar eine gewisse Zeit versteckt gehalten.

Ebenso wie den anderen bisher besprochenen Protagonisten der niederländischen Integrationspolitik gelingt es auch Wilders, eine in der niederländischen Bevölkerung weitverbreitete Sorge aufzugreifen, indem er für die Wahrung der niederländischen Identität plädiert und hieran Kritik an Einwanderung und am niederländischen Multikulturalismus verknüpft. Die Auswertung des Wahlergebnisses 2006 zeigt, dass das eventuell vermutete Bild der Wählerschaft der PVV nur bedingt mit den Realitäten übereinstimmt. Wilders wurde keineswegs vor allem von sozial schwachen Modernisierungs- bzw. Globalisierungsverlierern gewählt, sondern fand in nahezu allen Einkommensklassen nahezu gleich viel Unterstützung. Hinsichtlich des Alters erzielt die PVV nicht bei Jugendlichen, sondern vor allem bei den Personen zwischen 35 und 54 Jahren besonders gute Ergebnisse. Eine regionale Besonderheit ergibt sich daraus, dass viele Wähler in Wilders' Heimat Limburg für dessen Partei stimmten. Interessant ist die Frage, woher die Stimmen für die PVV kamen. Die Vermutung, dass Wilders einen Teil der Wähler aus der VVD sozusagen mitnahm, bestätigt sich nur sehr bedingt: lediglich 13 Prozent der Stimmen kamen von ehemaligen VVD-Wählern. Bedeutender war der Anteil der Personen, die zuvor die LPF, die bei der Wahl 2006 viele ihrer Wähler verlor, unterstützt hatten (24 Prozent). Den größten Zulauf erfuhr die PVV jedoch von Personen, die zuvor Nichtwähler waren: 43 Prozent der Stimmen stammten aus dieser Bevölkerungsgruppe. Diese Zahl legt die Vermutung nahe, dass Wilders mit seinen Thesen eine Gruppe bediente, die sich von der etablierten Politik zuvor nicht angesprochen fühlte.

Schlussbetrachtung

Das im Ausland lange Zeit gültige Bild der toleranten und liberalen Niederlande hat sich hinsichtlich der Integration von Zuwanderern in den letzten Jahren deutlich und aller Wahrscheinlichkeit nach auch nachhaltig gewandelt. In deutschen Zeitungen beispielsweise wurde insbesondere nach der Ermordung Theo van Goghs nicht mehr positiv oder auch nur neutral über den lange Zeit so hoch gelobten Multikulturalismus in den Niederlanden berich-

⁴⁵ Zitiert nach: A. SCHNEIDER, „Mit Teer und Federn außer Landes jagen“, FAZ.NET (20.2.2007), <http://www.faz.net/s/RubC4DEC11C008142959199A04A6FD8EC44/Doc~E56B1CF4F4E004496994120A342834126~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, zuletzt aufgerufen am 21.03.2007.

tet. Vielmehr wurde dieser als naiv bewertet sowie insgesamt massiv und grundsätzlich kritisiert – die Beiträge zum Thema waren mit Schlagzeilen überschrieben, in denen vom *Dschihad an der Nordsee*, von den Niederlanden als *Frontstaat im Kampf der Kulturen*, von *Krieg und Streit im Musterland der Freiheit* oder schlicht von *Holland in Not* gesprochen wurde. In den Niederlanden selbst ist der Stolz auf das eigene Integrationsmodell längst einer massiven Skepsis gewichen.⁴⁶ Wie die Ausführungen in diesem Aufsatz zeigen, bilden im Wesentlichen drei Punkte die Basis für den Wandel der Bewertungen sowie die Aktualität und Brisanz des Themas Integration.

Die fortdauernden sozioökonomischen Probleme der Zuwanderer sind in diesem Zusammenhang an erster Stelle zu nennen. Die Relevanz dieses Aspektes wird sehr schnell deutlich, wenn man sich beispielsweise Arbeitsmarktstatistiken anschaut: Im Jahr 2006 lag die Erwerbsquote der nichtwestlichen Allochthonen (46,7 Prozent) nach Angaben des CBS etwa zwanzig Prozent unter jener der Autochthonen (66,9 Prozent). Hinsichtlich der Arbeitslosenquote ergibt sich ein noch deutlicheres Bild, diese betrug im Jahresdurchschnitt 2006 unter den nichtwestlichen Allochthonen 15,5 Prozent, unter den Autochthonen hingegen nur 4,3 Prozent.⁴⁷ Wie unter anderem die heftigen Reaktionen auf den Zeitungsartikel von Paul Scheffer deutlich machen, stellen derart große Rückstände nicht nur die Effektivität der geführten Politik infrage, sondern sie tragen auch zu einer massiven Unzufriedenheit in der niederländischen Bevölkerung bei. Ein anderer, in der öffentlichen Diskussion vor allem der letzten Jahre noch weitaus bedeutsamerer Punkt besteht darin, dass das Zusammentreffen verschiedener Kulturen von vielen Niederländern mit großer Skepsis betrachtet wird. Zu diesem mittlerweile äußerst intensiv untersuchten Thema gibt es eine Vielzahl an demoskopischen Daten, die die unterschiedlichen Wertevorstellungen und die sich daraus ergebenden Klüfte in der niederländischen Gesellschaft dokumentieren.⁴⁸ Es erscheint somit nicht verwunderlich, dass verschiedene Politiker, unter ihnen Pim Fortuyn, Ayaan Hirsi Ali und Geert Wilders, ihr Augenmerk auf diesen Themenbereich richten und dabei kritische und zum Teil polarisierende Kommentare tätigen. Ein vergleichsweise neuer Faktor besteht in der Furcht vor gewaltbereiten Extremisten, die ihre Basis vor allem in den Anschlägen vom 11. September 2001 und den nachfolgenden Entwicklungen im In- und Ausland hat. Diese Thematik hat vor allem durch den Mord an van Gogh enorm an Bedeutung hinzugewonnen. Die Angst vor Gewalttaten

⁴⁶ Gijsberts schreibt in diesem Zusammenhang: „*At the end of the 1990s there appeared to be an almost universal public consensus that the Dutch integration policy pursued to that point had failed. The policy of previous governments was regarded as too lame and as taking too little account of the limits to the absorption capacity of Dutch society.*“ GIJSBERTS (wie Anm. 27), S. 42.

⁴⁷ Die Position der Zuwanderer auf dem niederländischen Arbeitsmarkt wird ausführlich analysiert in M. WILP, *Die Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern in Deutschland und den Niederlanden. Hintergründe, aktuelle Entwicklungen und politische Maßnahmen*, Münster 2007 (Niederlande-Studien 42).

⁴⁸ Vgl. u.a. S. BEEKHOVEN/J. DAGEVOS, *Sociaal-culturele integratie*, in: SCP/WODC/CBS, *Jaarrapport Integratie 2005*, Den Haag 2005, S. 107–131.

wirkt sich seither auf das gesellschaftliche Klima im Allgemeinen und dabei vor allem auf die Haltungen gegenüber Zuwanderern aus.

Durch die drei genannten Aspekte hat sich der gesellschaftliche Umgang mit dem Thema Integration deutlich gewandelt. Diese Entwicklung setzte nicht erst in der letzten Zeit, sondern bereits zu Beginn der neunziger Jahre ein. Wie sich die Zukunft darstellen wird, ist derzeit schwer abzuschätzen. Sicher erscheint jedoch, dass sich die Bedeutung des Themas Integration noch weiter erhöhen wird. Zu Beginn des Jahres 2006 lebten über 1,7 Millionen Personen aus der Gruppe der nichtwestlichen Allochthonen in den Niederlanden, was einem Bevölkerungsanteil von etwa 10,5 Prozent entsprach. Dieser Anteil wird sich nach derzeitigen Berechnungen weiter deutlich erhöhen: Im Jahr 2050 werden voraussichtlich 2,8 Millionen nichtwestliche Allochthone in den Niederlanden leben. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird dann bei etwa einem Sechstel liegen. Wie sich das gesellschaftliche Klima vor diesem Hintergrund entwickeln wird, und welche Themen und Personen die Diskussionen in den nächsten Jahren prägen werden, ist derzeit noch nicht abzusehen. Sicher erscheint jedoch, dass das Thema Integration in den Niederlanden seinen Platz oben auf der politischen Agenda und im öffentlichen Bewusstsein behalten wird.